

Bundesgesetzblatt ²²⁴⁹

Teil I

G 5702

2018

Ausgegeben zu Bonn am 11. Dezember 2018

Nr. 43

Tag	Inhalt	Seite
4.12.2018	Drittes Gesetz zur Änderung des Asylgesetzes FNA: 26-7 GESTA: B028	2250
4.12.2018	Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes und zur Änderung weiterer Straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften FNA: 9290-16, 9241-34, 9231-1, 9290-13-3, 9290-16-1 GESTA: J003	2251
4.12.2018	Gesetz zur Beschränkung des marinen Geo-Engineerings FNA: 2129-36, 753-13, 7831-12-3 GESTA: N004	2254
4.12.2018	Gesetz zum Erlass und zur Änderung bundesrechtlicher Vorschriften in Bezug auf die Übernahme der Aufgaben der Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht durch das Bundesarchiv FNA: neu: 224-29; 224-28, 211-9, 2184-1, 401-7, 1133-2, 211-9-1 GESTA: O003	2257
6.12.2018	Zehnte Verordnung zur Änderung der Lotstarifverordnung FNA: 9515-19	2262
28.11.2018	Verordnung zur Änderung der Postbankleistungsentgeltverordnung und der Postbankarbeitszeitverordnung FNA: 900-10-4-41, 900-10-4-33	2271
28.11.2018	Zweite Verordnung zur Änderung der Postsonderzahlungsverordnung FNA: 900-10-4-39	2272

Drittes Gesetz zur Änderung des Asylgesetzes

Vom 4. Dezember 2018

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Asylgesetzes

Das Asylgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. September 2008 (BGBl. I S. 1798), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2780) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 73 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:

„(3a) Der Ausländer ist nach Aufforderung durch das Bundesamt persönlich zur Mitwirkung bei der Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen des Widerrufs oder der Rücknahme der Anerkennung als Asylberechtigter oder der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft verpflichtet, soweit dies für die Prüfung erforderlich und dem Ausländer zumutbar ist. § 15 Absatz 1 Satz 2, Absatz 2 Nummer 1, 4 bis 7 und Absatz 3 sowie § 16 gelten entsprechend, hinsichtlich der Sicherung der Identität durch erkennungsdienstliche Maßnahmen (§ 16 Absatz 1 Satz 1 und 2) mit der Maßgabe, dass sie nur zulässig ist, soweit die Identität des Ausländers nicht bereits gesichert worden ist. Das Bundesamt soll den Ausländer mit Mitteln des Verwaltungszwangs zur Erfüllung seiner Mitwirkungspflichten anhalten. Kommt der Ausländer den Mitwirkungspflichten nicht oder nicht vollständig nach, kann das Bundesamt nach Aktenlage entscheiden, sofern

1. die unterbliebene Mitwirkungshandlung nicht unverzüglich nachgeholt worden ist, oder

2. der Ausländer die Mitwirkungspflichten ohne genügende Entschuldigung verletzt hat.

Bei der Entscheidung nach Aktenlage sind für die Entscheidung über einen Widerruf oder eine Rücknahme nach dieser Vorschrift oder nach § 48 des Verwaltungsverfahrensgesetzes sämtliche maßgeblichen Tatsachen und Umstände zu berücksichtigen. Ferner ist zu berücksichtigen, inwieweit der Ausländer seinen Mitwirkungspflichten nachgekommen ist. Der Ausländer ist durch das Bundesamt auf Inhalt und Umfang seiner Mitwirkungspflichten nach dieser Vorschrift sowie auf die Rechtsfolgen einer Verletzung hinzuweisen.“

b) Absatz 4 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„In den Fällen, in denen keine Aufforderung durch das Bundesamt nach Absatz 3a erfolgt ist, ist dem Ausländer die beabsichtigte Entscheidung über einen Widerruf oder eine Rücknahme nach dieser Vorschrift oder nach § 48 des Verwaltungsverfahrensgesetzes schriftlich mitzuteilen und ihm ist Gelegenheit zur Äußerung zu geben.“

2. Dem § 75 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:

„Die Klage gegen Maßnahmen des Verwaltungszwangs (§ 73 Absatz 3a Satz 3) hat keine aufschiebende Wirkung.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 4. Dezember 2018

Der Bundespräsident
Steinmeier

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
des Innern, für Bau und Heimat
Horst Seehofer

Gesetz zur Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes und zur Änderung weiterer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften

Vom 4. Dezember 2018

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 Änderung des Bundesfernstraßenmautgesetzes

Das Bundesfernstraßenmautgesetz vom 12. Juli 2011 (BGBl. I S. 1378), das zuletzt durch Artikel 21 des Gesetzes vom 14. August 2017 (BGBl. I S. 3122) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 6 wird wie folgt gefasst:

„6. land- oder forstwirtschaftliche Fahrzeuge gemäß § 2 Absatz 1 Nummer 7 des Güterkraftverkehrsgesetzes sowie den damit verbundenen Leerfahrten,“.

bb) Die folgenden Nummern 7 und 8 werden angefügt:

„7. elektrisch betriebene Fahrzeuge im Sinne des § 2 Nummer 1 des Elektromobilitätsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung,

8. mit Erdgas betriebene Fahrzeuge im Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2020. Ab dem 1. Januar 2021 sind für mit Erdgas betriebene Fahrzeuge die Mautteilsätze für die Infrastrukturkosten nach § 3 Absatz 1 Nummer 1 und die verursachten Lärmbelastungskosten nach § 3 Absatz 1 Nummer 3 zu entrichten.“

b) In Absatz 5 werden die Wörter „Verkehrszeichen nach Maßgabe der straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften“ durch die Wörter „straßenverkehrsrechtliche Beschilderung“ ersetzt.

c) Folgender Absatz 6 wird angefügt:

„(6) Abweichend von § 34 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung wird das zulässige Gesamtgewicht einer Fahrzeugkombination im Rahmen dieses Gesetzes aus der Summe der zulässigen Gesamtgewichte der Einzelfahrzeuge ohne Berücksichtigung von Stütz- und Aufliege-lasten berechnet.“

2. § 3 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden die Nummern 1 und 2 durch die folgenden Nummern 1 bis 3 ersetzt:

- „1. die Infrastrukturkosten,
2. die verursachten Luftverschmutzungskosten und
3. die verursachten Lärmbelastungskosten“.

b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:

„(5) Die Mautteilsätze nach der Anlage 1 werden auf Grundlage eines Wegekostengutachtens des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur für eine jeweils fünfjährige Kalkulationsperiode bestimmt. Für die Kalkulationsperiode 2018 bis 2022 werden die auf das Jahr 2018 entfallenden Kosten, die nicht durch die in diesem Jahr erhobene Maut gedeckt sind, in den Mautteilsätzen der Jahre 2019 bis 2022 berücksichtigt.“

3. In § 4 Absatz 3 Satz 3 Nummer 10 werden nach dem Wort „eingebauten“ die Wörter „oder im Fahrzeug angebrachten“ eingefügt.

4. § 5 Satz 3 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:

„Im Falle des nicht ordnungsgemäßen Nachweises des zulässigen Gesamtgewichts des Fahrzeuges oder der Fahrzeugkombination wird der Mautteilsatz für die Infrastrukturkosten je nach Anzahl der Achsen nach dem Höchstsatz in Anlage 1 Nummer 1 Buchstabe c oder d berechnet. Im Falle des nicht ordnungsgemäßen Nachweises der Emissionsklasse des Fahrzeuges wird der Mautteilsatz für die verursachten Luftverschmutzungskosten nach dem Höchstsatz in Anlage 1 Nummer 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe ff berechnet.“

5. Nach § 8 Absatz 2 Satz 1 werden die folgenden Sätze eingefügt:

„Im Fall des Satzes 1 wird beim Mautteilsatz für die Infrastrukturkosten der Betrag nach Anlage 1 Nummer 1 Buchstabe d sowie beim Mautteilsatz für die verursachten Luftverschmutzungskosten der Betrag nach Anlage 1 Nummer 2 Buchstabe a Doppelbuchstabe ff zugrunde gelegt, es sei denn, der Mautschuldner kann nachweisen, dass eine günstigere Fallgruppe vorliegt. Beim Mautteilsatz für die Lärmbelastungskosten kommt der Betrag nach Anlage 1 Nummer 3 zur Anwendung.“

6. Dem § 11 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Für das auf den Streckenabschnitten nach § 1 Absatz 4 angefallene Mautaufkommen findet die Zweckbindung nach Absatz 3 Satz 2 keine Anwendung.“

7. § 13 wird aufgehoben.

8. Dem § 14 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Für Sachverhalte, die ab dem 1. Oktober 2015 und bis zum Ablauf des 31. Dezember 2018 entstanden sind, bestimmt sich der Mautsatz abweichend von § 3 Absatz 3 nach der Anlage 6.“

9. Anlage 1 wird wie folgt gefasst:

„Anlage 1

(zu § 3 Absatz 3)

Berechnung der Höhe des Mautsatzes

1. Mautteilsatz für die Infrastrukturkosten je Kilometer nach § 3 Absatz 1 Nummer 1:
mautpflichtige Fahrzeuge oder Fahrzeugkombinationen:
 - a) mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 7,5 bis unter 12 Tonnen unabhängig von der Anzahl der Achsen 0,08 Euro,
 - b) mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 12 Tonnen bis 18 Tonnen unabhängig von der Anzahl der Achsen 0,115 Euro,
 - c) mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 18 Tonnen sowie bis zu drei Achsen 0,16 Euro,
 - d) mit einem zulässigen Gesamtgewicht von mehr als 18 Tonnen sowie vier oder mehr Achsen 0,174 Euro.
 2. Mautteilsatz für die verursachten Luftverschmutzungskosten je Kilometer nach § 3 Absatz 1 Nummer 2:
 - a) mautpflichtige Fahrzeuge oder Fahrzeugkombinationen unbeschadet der Zahl der Achsen, des zulässigen Gesamtgewichts und der benutzten Straßen:
 - aa) 0,011 Euro in der Kategorie A,
 - bb) 0,022 Euro in der Kategorie B,
 - cc) 0,032 Euro in der Kategorie C,
 - dd) 0,064 Euro in der Kategorie D,
 - ee) 0,074 Euro in der Kategorie E,
 - ff) 0,085 Euro in der Kategorie F.
 - b) Zuordnung der Fahrzeuge nach § 1 Absatz 1 zu den in Buchstabe a) aufgeführten Kategorien auf Grund ihrer Emissionsklasse nach § 48 in Verbindung mit Anlage XIV der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung:
 - aa) Kategorie A Fahrzeuge der Schadstoffklasse S 6,
 - bb) Kategorie B Fahrzeuge der EEV Klasse 1 und der Schadstoffklasse S 5,
 - cc) Kategorie C Fahrzeuge der Schadstoffklasse S 4 sowie Fahrzeuge der Schadstoffklasse S 3, die der Partikelminderungsklasse PMK 2 oder höher im Sinne der Anlage XXVII der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung angehören,
 - dd) Kategorie D Fahrzeuge der Schadstoffklasse S 3 sowie Fahrzeuge der Schadstoffklasse S 2, die der Partikelminderungsklasse PMK 1 oder höher im Sinne der Anlage XXVII der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung angehören,
 - ee) Kategorie E Fahrzeuge der Schadstoffklasse S 2,
 - ff) Kategorie F Fahrzeuge der Schadstoffklasse S 1 sowie Fahrzeuge, die keiner Schadstoffklasse der Anlage XIV der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung angehören.
 3. Mautteilsatz für die verursachten Lärmbelastungskosten je Kilometer nach § 3 Absatz 1 Nummer 3:
0,002 Euro.“
10. Die bisherige Anlage 1 wird Anlage 6 und die Bezeichnung und die Überschrift werden wie folgt gefasst:
- „Anlage 6
(zu § 14 Absatz 5)

Mautsätze im Zeitraum vom

1. Oktober 2015 bis zum Ablauf des 31. Dezember 2018“.

Artikel 2
Änderung des
Güterkraftverkehrsgesetzes

Dem § 2 Absatz 1 Nummer 7 des Güterkraftverkehrsgesetzes vom 22. Juni 1998 (BGBl. I S. 1485), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Mai 2017 (BGBl. I S. 1214) geändert worden ist, wird folgender Buchstabe c angefügt:

„c) mit land- und forstwirtschaftlichen Fahrzeugen mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von bis zu 40 km/h,“.

Artikel 3
Änderung des
Straßenverkehrsgesetzes

§ 6f des Straßenverkehrsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 2003 (BGBl. I S. 310, 919), das zuletzt durch Artikel 6 des Gesetzes vom 17. August 2017 (BGBl. I S. 3202) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„§ 6f
Entgelte für
Begutachtungsstellen für Fahreignung

Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die Entgelte der Begutachtungsstellen für Fahreignung festsetzen, soweit

1. die Begutachtungsstellen aus Anlass von Verwaltungsverfahren nach straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften medizinisch-psychologische Untersuchungen durchführen und
2. die Festsetzung erforderlich ist, um die Qualität der Begutachtung zu fördern.

Bei der Festsetzung der Entgelte ist den berechtigten Interessen der Leistungsbringer und der zur Zahlung der Entgelte Verpflichteten Rechnung zu tragen. Soweit der Leistungsumfang nicht einheitlich geregelt ist, sind dabei Mindest- und Höchstsätze festzusetzen.“

Artikel 4
Aufhebung von Vorschriften

(1) Die Mautstreckenausdehnungsverordnung vom 8. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2858), die durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12. Juli 2011 (BGBl. I S. 1378) geändert worden ist, wird aufgehoben.

(2) Die Verordnung zur Anordnung des Beginns der Mauterhebung auf Abschnitten von Bundesstraßen vom 2. Juli 2012 (BAnz AT 04.07.2012 V1) wird aufgehoben.

Artikel 5
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 4. Dezember 2018

Der Bundespräsident
Steinmeier

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Der Bundesminister
für Verkehr und digitale Infrastruktur
Andreas Scheuer

Gesetz zur Beschränkung des marinen Geo-Engineerings

Vom 4. Dezember 2018

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1 Änderung des Hohe-See-Einbringungsgesetzes

Das Hohe-See-Einbringungsgesetz vom 25. August 1998 (BGBl. I S. 2455), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. Mai 2016 (BGBl. I S. 1217) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Überschrift wird nach dem Wort „Hohe-See-Einbringungsgesetz“ die Angabe „ – HSEG“ eingefügt.
2. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - aa) In Nummer 3 wird das Wort „und“ am Ende durch ein Komma ersetzt.
 - bb) In Nummer 4 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.
 - cc) Folgende Nummer 5 wird angefügt:
„5. jede Zuführung von Stoffen und Gegenständen in die Hohe See im Rahmen des marinen Geo-Engineerings.“
 - dd) Folgender Satz wird angefügt:
„Ein Einbringen im Sinne von Satz 1 liegt nicht vor, wenn Maßnahmen des Naturschutzes von der zuständigen Behörde durchgeführt, angeordnet oder mit ihrer Zustimmung von Dritten durchgeführt werden.“
 - b) Folgender Absatz 5 wird angefügt:
„(5) Marines Geo-Engineering im Sinne dieses Gesetzes ist das gezielte Eingreifen in die Meeresumwelt zur Beeinflussung natürlicher Prozesse, das nachteilige Auswirkungen auf die Umwelt oder auf die Gesundheit von Menschen haben kann. Ein Eingreifen im Sinne von Satz 1 liegt insbesondere vor, wenn damit den vom Menschen verursachten Klimaänderungen oder ihren Auswirkungen entgegengewirkt werden soll. Nicht zum marinen Geo-Engineering im Sinne dieses Gesetzes gehören Vorhaben
 1. der konventionellen Aqua- und Marikultur und
 2. zur Schaffung künstlicher Riffe.“
3. § 4 Satz 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 2 wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

b) Folgende Nummer 3 wird angefügt:

„3. Stoffe und Gegenstände, die im Rahmen von Maßnahmen des marinen Geo-Engineerings, die in der Anlage aufgeführt worden sind, eingebracht werden.“

4. § 5 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Für das Einbringen von Stoffen und Gegenständen im Rahmen des marinen Geo-Engineerings ist die Erlaubnis auch dann zu versagen, wenn nicht sichergestellt ist, dass der Vorhabenträger die sich aus § 5a ergebenden Pflichten erfüllt.“

b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.

c) Dem Absatz 4 wird folgender Satz angefügt:

„Die Erlaubnis für das Einbringen von Stoffen und Gegenständen im Rahmen des marinen Geo-Engineerings kann längstens für drei Jahre erteilt werden.“

5. Nach § 5 wird folgender § 5a eingefügt:

„§ 5a

Pflichten des Vorhabenträgers bei
Maßnahmen des marinen Geo-Engineerings

(1) Bei Einbringungen nach § 3 Absatz 1 Nummer 5 hat der Vorhabenträger ein hohes Schutzniveau für die Meeresumwelt und die menschliche Gesundheit zu gewährleisten. Insbesondere hat er sicherzustellen, dass

1. keine Stoffe und Gegenstände in internationalen oder nationalen Meeresschutzgebieten eingebracht werden und die Einbringung von Stoffen und Gegenständen außerhalb solcher Schutzgebiete keine nachteiligen Auswirkungen auf diese haben kann,
2. Verschmutzungen, erhebliche nachteilige Auswirkungen und Gefahren für die Meeresumwelt, die Ökosysteme, die biologische Vielfalt, die menschliche Gesundheit und für die zulässige Nutzung der Meere verhindert werden,
3. Vorsorge gegen Verschmutzungen, erhebliche nachteilige Auswirkungen und Gefahren nach Nummer 2 getroffen wird,
4. keine erhebliche nachteilige Veränderung der Wasserbeschaffenheit zu besorgen ist und
5. Abfälle vermieden, nicht zu vermeidende Abfälle verwertet und nicht zu verwertende Abfälle ohne

Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden.

(2) Bei Einbringungen nach § 3 Absatz 1 Nummer 5, die der wissenschaftlichen Forschung dienen, hat der Vorhabenträger unbeschadet des Absatzes 1 sicherzustellen, dass die Maßnahmen

1. von Beginn an ausreichend finanziert sind,
2. entsprechend dem Stand von Wissenschaft und Technik durchgeführt werden,
3. nicht aus wirtschaftlichen Interessen durchgeführt werden,
4. zur Qualitätssicherung durch unabhängige Fachwissenschaftler überprüft werden und
5. mit ihren Ergebnissen in wissenschaftlichen Fachzeitschriften veröffentlicht werden.“

6. § 8 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Für die Erteilung und Überwachung der Einhaltung der Erlaubnis für das Einbringen von Stoffen und Gegenständen im Rahmen des marinen Geo-Engineerings sowie für nachträgliche Anordnungen, die die Einhaltung der Anforderungen nach § 5a sicherstellen, ist das Umweltbundesamt zuständig. Absatz 1 Satz 5 gilt entsprechend. Das Umweltbundesamt soll nachträgliche Anordnungen im Sinne von Satz 1 treffen, wenn nach Erteilung der Erlaubnis festgestellt wird, dass die Meeresumwelt oder die menschliche Gesundheit nicht ausreichend vor schädlichen Auswirkungen oder sonstigen Gefahren geschützt sind. Das Umweltbundesamt holt vor der Erteilung einer Erlaubnis und vor einer nachträglichen Anordnung im Sinne von Satz 1 Stellungnahmen des Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie, des Bundesamtes für Naturschutz, der zuständigen Behörden der Länder sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft e. V. ein.“

b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und in Satz 1 wird die Angabe „§ 9 Abs. 1 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 9 Satz 1 Nummer 1“ ersetzt.

c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5 und in Satz 1 werden die Wörter „Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschifffahrt“ durch das Wort „Seeaufgabengesetzes“ ersetzt.

d) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 und die Angabe „§ 9 Abs. 1 Nr. 1“ wird durch die Wörter „§ 9 Satz 1 Nummer 1“ ersetzt.

7. § 9 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie das Verfahren zur Erteilung der Erlaubnisse nach § 5 sowie die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung zu regeln;“

b) Folgender Satz wird angefügt:

„Die Rechtsverordnung nach Satz 1 Nummer 1 bedarf auch des Einvernehmens mit dem Bun-

desministerium für Bildung und Forschung, soweit Vorhaben des marinen Geo-Engineerings betroffen sind, die der wissenschaftlichen Forschung dienen.“

8. § 10 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 5 Abs. 1 Satz 1“ durch die Wörter „§ 5 Absatz 1 Satz 1“ ersetzt.

b) In den Nummern 3 und 4 wird jeweils die Angabe „§ 5 Abs. 2 Satz 1“ durch die Wörter „§ 5 Absatz 2 Satz 1“ ersetzt.

9. In § 11 Satz 1 wird die Angabe „Absatz 3“ durch die Angabe „Absatz 4“ ersetzt.

10. Folgende Anlage wird angefügt:

„Anlage

(zu § 4 Satz 2 Nummer 3)

Maßnahmen des marinen Geo-Engineerings

Folgende Maßnahmen sind Maßnahmen des marinen Geo-Engineerings nach § 4 Satz 2 Nummer 3:

Tätigkeiten, die darauf abzielen, die Primärproduktion im Meer anzuregen (Meeresdüngung), wenn sie der wissenschaftlichen Forschung dienen.“

Artikel 2

Änderung des Wasserhaushaltsgesetzes

Das Wasserhaushaltsgesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. Juli 2017 (BGBl. I S. 2771) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 23 Absatz 1 Nummer 5 wird wie folgt gefasst:

„5. Anforderungen an die Errichtung, den Betrieb und die Benutzung von Abwasseranlagen und sonstigen in diesem Gesetz geregelten Anlagen sowie Anforderungen an die Fachkunde bei der Durchführung dieser Tätigkeiten;“

2. § 45 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) In Verfahren zur Erteilung von Erlaubnissen zum Einbringen oder Einleiten von Stoffen in Küstengewässer im Rahmen des marinen Geo-Engineerings gelten die Regelungen des § 3 Absatz 5, des § 5 Absatz 3 und 4 Satz 2, des § 5a und der Anlage zu § 4 Satz 2 Nummer 3 des Hohe-See-Einbringungsgesetzes vom 25. August 1998 (BGBl. I S. 2455), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 4. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2254) geändert worden ist, sowie die Regelungen der auf Grund des § 9 Satz 1 Nummer 1 und Satz 2 des Hohe-See-Einbringungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung entsprechend.“

b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

3. In § 45i Absatz 1 Satz 3 wird die Angabe „§ 14i“ durch die Angabe „§ 42“ ersetzt.

4. § 99 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Ein Ausgleich nach § 52 Absatz 5 und § 78a Absatz 5 Satz 4 ist in Geld zu leisten.“

5. § 99a Absatz 5 wird wie folgt gefasst:

„(5) Die Länder können das Vorkaufsrecht auf Antrag auch zugunsten von Körperschaften und Stiftungen des öffentlichen Rechts ausüben.“

6. § 103 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) Nummer 2 wird wie folgt gefasst:

„2. einer vollziehbaren Auflage nach § 13 Absatz 1, auch in Verbindung mit

a) § 58 Absatz 4 Satz 1, auch in Verbindung mit § 59 Absatz 1, oder

b) § 63 Absatz 1 Satz 2, zuwiderhandelt,“.

bb) In Nummer 4 wird nach den Wörtern „§ 45 Absatz 1 Satz 1 oder“ die Angabe „Absatz 2“ durch die Angabe „Absatz 3“ ersetzt.

cc) In Nummer 12 werden die Wörter „errichtet oder betreibt“ durch die Wörter „errichtet, betreibt oder wesentlich ändert“ ersetzt.

dd) Nummer 16 wird wie folgt gefasst:

„16. entgegen § 78 Absatz 4 Satz 1, auch in Verbindung mit Absatz 8, eine dort genannte Anlage errichtet oder erweitert,“.

ee) Nach Nummer 16 wird folgende Nummer 16a eingefügt:

„16a. einer Vorschrift des § 78a Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Absatz 6, über eine untersagte Handlung in einem dort genannten Gebiet zuwiderhandelt,“.

b) In Absatz 2 wird die Angabe „12 bis 16“ durch die Angabe „12 bis 19“ ersetzt.

Artikel 3

Änderung der Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsverordnung

In § 27 Absatz 3 Satz 3 der Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsverordnung vom 27. Juli 2006 (BGBl. I S. 1735), die zuletzt durch Artikel 391 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, werden die Wörter „§ 45 Absatz 2 Satz 1“ durch die Wörter „§ 45 Absatz 3 Satz 1“ ersetzt.

Artikel 4

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 11. Juni 2019 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 4. Dezember 2018

Der Bundespräsident
Steinmeier

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin
für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
Svenja Schulze

**Gesetz
zum Erlass und zur Änderung
bundesrechtlicher Vorschriften in Bezug
auf die Übernahme der Aufgaben der Deutschen Dienststelle
für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen
der ehemaligen deutschen Wehrmacht durch das Bundesarchiv**

Vom 4. Dezember 2018

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Gesetz

zum Staatsvertrag über den Übergang
der Aufgaben der Deutschen Dienststelle
für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen
von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WASt)

§ 1

Dem Staatsvertrag vom 30. Mai/12. Oktober 2018 über den Übergang der Aufgaben der Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WASt) wird zugestimmt.

§ 2

Der Staatsvertrag wird als Anlage zu diesem Gesetz veröffentlicht.

§ 3

Der Tag, an dem der Staatsvertrag nach seinem Artikel 5 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt zu veröffentlichen.

Anlage

**Staatsvertrag
über den Übergang
der Aufgaben der Deutschen Dienststelle
für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen
von Gefallenen der ehemaligen Deutschen Wehrmacht**

**Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Land Berlin
schließen folgenden Staatsvertrag**

Präambel

Aus zeitgeschichtlichen Gründen wurde die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen Deutschen Wehrmacht (Deutsche Dienststelle (WASt)) jahrzehntelang als Behörde des Landes Berlin geführt, obwohl sie Bundesaufgaben wahrnahm. Gemäß einer Verwaltungsvereinbarung aus dem Jahr 1951 erstattete der Bund dem Land Berlin sämtliche Aufwendungen für die Aufgabenerledigung der Deutschen Dienststelle (WASt). Nunmehr sollen die Aufgaben der Deutschen Dienststelle (WASt) dem Bundesarchiv übertragen werden, weil die betreffenden Unterlagen zur zentralstaatlichen Überlieferung der deutschen Militärverwaltung gehören und perspektivisch zu Archivgut werden.

Artikel 1**Auflösung, Übergang**

Die Deutsche Dienststelle (WASt) als Behörde des Landes Berlin ist mit Inkrafttreten dieses Staatsvertrags aufgelöst. Alle die Deutsche Dienststelle (WASt) betreffenden Aufgaben, Rechte, Pflichten und Verbindlichkeiten gehen mit Inkrafttreten dieses Staatsvertrags vom Land Berlin auf die Bundesrepublik Deutschland über. Das Bundesarchiv als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich der für Kultur und Medien zuständigen obersten Bundesbehörde nimmt für die Bundesrepublik Deutschland die nach Satz 2 übergegangenen Aufgaben, Rechte und Pflichten wahr und ist für die Erfüllung der übergegangenen Verbindlichkeiten verantwortlich.

Artikel 2**Beschäftigte**

(1) Mit Inkrafttreten dieses Staatsvertrags tritt die Bundesrepublik Deutschland nach Maßgabe der folgenden Absätze in die Rechte und Pflichten des Landes Berlin aus den zu diesem Zeitpunkt bestehenden Arbeits- und Ausbildungsverhältnissen zwischen dem Land Berlin und den bei der Deutschen Dienststelle (WASt) beschäftigten Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmern und Auszubildenden (Beschäftigte) ein.

(2) Auf die nach Absatz 1 übergehenden Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse sind mit Inkrafttreten dieses Staatsvertrags die für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Auszubildende des Bundes jeweils geltenden Tarifverträge und sonstigen Bestimmungen anzuwenden, soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist.

(3) Für die übergehenden Arbeitsverhältnisse nach Absatz 1 gelten mit Inkrafttreten dieses Staatsvertrags folgende Maßgaben:

1. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind mit Inkrafttreten dieses Staatsvertrags in eine Entgeltgruppe des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst vom 13. September 2005 in der für den Bereich des Bundes jeweils geltenden

Fassung (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst) nach Maßgabe dessen § 12 einzugruppieren.

2. Die Zuordnung zu den Stufen der Entgelttabelle des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst erfolgt nach § 16 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst. Bei der Berechnung der für die Zuordnung zu den Stufen der Entgelttabelle des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst maßgeblichen Zeiten nach § 16 Absatz 1 bis 5 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst werden die bei dem Land Berlin bis zum Inkrafttreten dieses Staatsvertrags erreichten Zeiten unbeschadet der übrigen Voraussetzungen so berücksichtigt, als wenn sie beim Bund zurückgelegt worden wären.
3. Die beim Land Berlin bis zum Inkrafttreten dieses Staatsvertrags erreichte Beschäftigungszeit wird als Beschäftigungszeit im Sinne des § 34 Absatz 3 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst fortgeführt.
4. Weichen die Regelungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst zum Entgelt gegenüber den am Tag vor dem Inkrafttreten dieses Staatsvertrags geltenden tariflichen Regelungen des Landes Berlin zu Ungunsten der vom Übergang ihrer Arbeitsverhältnisse betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab, kann diesen mit Zustimmung der für Kultur und Medien zuständigen obersten Bundesbehörde, die der im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen zu erteilenden Einwilligung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat bedarf, eine persönliche Zulage gewährt werden. Einzelheiten der Ausgestaltung, Berechnung und grundsätzlichen Abschmelzung dieser übertariflichen Zulage werden in einer gesonderten Regelung der für Kultur und Medien zuständigen obersten Bundesbehörde, die der im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen zu erteilenden Einwilligung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat bedarf, festgelegt.

(4) Betriebsbedingte Kündigungen der von Absatz 1 erfassten Beschäftigten durch das Land Berlin oder durch die Bundesrepublik Deutschland wegen der Überleitung der Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse sind unzulässig.

Artikel 3**Dienstort**

Die in Artikel 2 genannten Beschäftigten werden am Dienstort Berlin übernommen.

Artikel 4**Rechtliche Folgeregelungen**

(1) Für erforderliche rechtliche Änderungen im Bundesrecht und im Berliner Landesrecht tragen Bund und das Land Berlin in jeweils eigener Zuständigkeit Sorge.

(2) Weitere zur Umsetzung dieses Staatsvertrags erforderliche Regelungen können einvernehmlich durch Organisationsakte und Absprachen auf Verwaltungsebene getroffen werden.

Artikel 5

Inkrafttreten; Außerkrafttreten

Dieser Staatsvertrag bedarf der Ratifikation. Er tritt am ersten Tag des auf den Austausch der Ratifikationsurkunden folgenden Monats in Kraft. Mit dem Inkrafttreten dieses Staats-

vertrags tritt die „Vereinbarung über die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen Deutschen Wehrmacht (WASt) und das Amt für die Erfassung der Kriegsoffer (AEK)“ zwischen dem Bund und dem Land Berlin vom 9. Januar 1951 nach Maßgabe ihres § 8 außer Kraft.

Für das Land Berlin
Der Regierende Bürgermeister
vertreten durch
die Senatorin
für Integration, Arbeit und Soziales
Elke Breitenbach

Für die Bundesrepublik Deutschland
Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien
Monika Grütters

Berlin, den 30. Mai 2018

Berlin, den 12. Oktober 2018

Artikel 2 Änderung des Bundesarchivgesetzes

Nach § 3 des Bundesarchivgesetzes vom 10. März 2017 (BGBl. I S. 410), das durch Artikel 10 Absatz 3 des Gesetzes vom 30. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3618) geändert worden ist, wird folgender § 3a eingefügt:

„§ 3a

Wahrnehmung besonderer Aufgaben

(1) Die Aufgaben der aufgelösten „Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WASSt)“ werden vom Bundesarchiv wahrgenommen. Das Bundesarchiv verwahrt deren Unterlagen zum Schicksal von Militärpersonen und diesen in personenstandsrechtlicher Hinsicht gleichgestellten Personen infolge des Ersten und Zweiten Weltkrieges und führt die anhängigen Verwaltungsverfahren fort.

(2) Das Bundesarchiv verwahrt die in Absatz 1 bezeichneten Unterlagen im öffentlichen Interesse. Es nimmt darüber hinaus insbesondere folgende Aufgaben wahr:

1. Klärung von Einzelschicksalen,
2. Kriegssterbefallanzeigen,
3. Kriegsgräberangelegenheiten und
4. Erteilung sonstiger personenbezogener Auskünfte.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben nach Satz 2 erteilt das Bundesarchiv mündliche und schriftliche Auskünfte einschließlich erforderlicher Bescheinigungen oder Stellungnahmen an Betroffene, Angehörige, öffentliche und nicht öffentliche Stellen.

(3) Ergänzend zu Absatz 2 gelten für die Unterlagen die Zugangsvorschriften der §§ 10 bis 16 entsprechend. Soweit in Absatz 1 bezeichnete Unterlagen nicht mehr bearbeitet werden und ihnen bleibender Wert zukommt, können sie als Archivgut gewidmet werden.“

Artikel 3 Folgeänderungen

(1) In § 38 Absatz 2 des Personenstandsgesetzes vom 19. Februar 2007 (BGBl. I S. 122), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBl. I S. 2787) geändert worden ist, werden die Wörter „der Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht“ durch die Wörter „des Bundesarchivs“ ersetzt.

(2) Das Gräbergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Januar 2012 (BGBl. I S. 98), das durch Artikel 9 des Gesetzes vom 23. Juli 2013 (BGBl. I S. 2586) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 2a werden die Wörter „die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WASSt)“ durch die Wörter „das Bundesarchiv“ ersetzt.
2. In § 7 werden die Wörter „der Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen

Wehrmacht (WASSt), Berlin,“ durch die Wörter „dem Bundesarchiv“ ersetzt.

3. In § 8 Satz 2 werden die Wörter „der Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WASSt), Berlin,“ durch die Wörter „des Bundesarchivs“ ersetzt.

(3) In Artikel 2 § 5 Absatz 1 Satz 3 des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Verschollenheitsrechts in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 401-7, veröffentlichten bereinigten Fassung, das zuletzt durch Artikel 183 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) geändert worden ist, werden die Wörter „der Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht“ durch die Wörter „dem Bundesarchiv“ ersetzt.

(4) Die Verordnung über den Besitznachweis für Orden und Ehrenzeichen und den Nachweis von Verwundungen und Beschädigungen in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 1133-2, veröffentlichten bereinigten Fassung, die zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (BGBl. I S. 1594) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 5 Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt geändert:

- a) In den Buchstaben a und c werden jeweils die Wörter „die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WASSt), Berlin“ durch die Wörter „das Bundesarchiv“ ersetzt.
- b) In Buchstabe b werden die Wörter „, Abteilung Militärarchiv, das den Antrag, soweit er nicht erledigt werden kann, zur weiteren Prüfung an die Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht (WASSt), Berlin weiterleitet“ gestrichen.

2. In § 15 Absatz 2 werden die Wörter „die Deutsche Dienststelle (§ 5 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe a)“ durch die Wörter „das Bundesarchiv“ ersetzt.

(5) § 44 Absatz 2 der Personenstandsverordnung vom 22. November 2008 (BGBl. I S. 2263), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 24. Oktober 2018 (BGBl. I S. 1768) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 werden die Wörter „der Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht – Deutsche Dienststelle (WASSt) –, Berlin“ durch die Wörter „dem Bundesarchiv“ ersetzt.
2. In Satz 2 werden die Wörter „der Deutschen Dienststelle (WASSt)“ durch die Wörter „dem Bundesarchiv“ ersetzt.

Artikel 4

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Die Artikel 2 und 3 treten an dem Tag in Kraft, an dem der Staatsvertrag über den Übergang der Aufgaben der Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der

ehemaligen deutschen Wehrmacht (WAS) in Kraft tritt. desregierung gibt den Tag des Inkrafttretens im Bundesgesetzblatt bekannt.
Das für Kultur und Medien zuständige Mitglied der Bundesregierung

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 4. Dezember 2018

Der Bundespräsident
Steinmeier

Die Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel

**Zehnte Verordnung
zur Änderung der Lotstarifverordnung**

Vom 6. Dezember 2018

Auf Grund des § 45 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 in Verbindung mit Satz 2 und mit Absatz 3 des Seelotsgesetzes, von denen § 45 Absatz 2 Satz 1 zuletzt durch Artikel 563 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474) sowie § 45 Absatz 2 Satz 2 und Absatz 3 Satz 2 durch Artikel 3 Nummer 8 Buchstabe b Doppelbuchstabe bb und Buchstabe c des Gesetzes vom 15. Juli 1994 (BGBl. I S. 1554) geändert worden sind, verordnet das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen nach Anhörung der Küstenländer und der Bundeslotsenkammer:

**Artikel 1
Änderung der
Lotstarifverordnung**

Anlage 2 Abschnitt B der Lotstarifverordnung vom 26. Januar 2009 (BGBl. I S. 97), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Dezember 2017 (BGBl. I S. 3909) geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

„B. Tabelle der Lotsgelder

Teil I

Bruttoreumzahl	Ems Euro	Unterweser Euro	Außenweser Euro	Jade Euro	Elbe Euro
über – bis	1	2	3	4	5
0 – 300	311	351	204	184	186
300 – 400	323	370	216	192	192
400 – 500	335	389	227	201	198
500 – 600	348	408	238	210	202
600 – 700	362	427	249	220	210
700 – 800	378	446	260	232	219
800 – 900	397	464	271	246	231
900 – 1 000	416	482	281	261	238
1 000 – 1 100	435	501	291	277	247
1 100 – 1 200	455	519	302	293	256
1 200 – 1 300	475	537	313	309	265
1 300 – 1 400	495	555	323	325	273
1 400 – 1 500	515	573	333	341	282
1 500 – 1 600	536	591	343	357	292
1 600 – 1 700	556	609	354	372	297
1 700 – 1 800	577	627	364	387	305
1 800 – 1 900	598	645	374	402	312
1 900 – 2 000	619	663	384	415	319
2 000 – 2 100	640	681	394	425	325
2 100 – 2 200	660	700	404	435	333
2 200 – 2 300	680	718	415	445	338
2 300 – 2 400	701	736	425	455	346
2 400 – 2 500	721	754	435	465	355
2 500 – 2 600	742	772	445	475	361

Bruttoreumzahl	Ems Euro	Unterweser Euro	Außenweser Euro	Jade Euro	Elbe Euro
über – bis	1	2	3	4	5
2 600 – 2 700	762	790	456	485	368
2 700 – 2 800	783	808	466	495	375
2 800 – 2 900	804	826	476	505	382
2 900 – 3 000	824	845	487	515	393
3 000 – 3 200	845	864	499	527	405
3 200 – 3 400	866	883	511	542	415
3 400 – 3 600	888	902	523	557	423
3 600 – 3 800	912	921	536	572	441
3 800 – 4 000	936	940	550	589	453
4 000 – 4 200	961	962	564	606	466
4 200 – 4 400	987	988	578	624	479
4 400 – 4 600	1 015	1 016	592	642	491
4 600 – 4 800	1 042	1 049	606	659	509
4 800 – 5 000	1 070	1 082	620	677	529
5 000 – 5 500	1 099	1 117	634	695	548
5 500 – 6 000	1 133	1 152	647	714	568
6 000 – 6 500	1 171	1 187	660	734	592
6 500 – 7 000	1 212	1 222	673	755	618
7 000 – 7 500	1 253	1 257	686	775	644
7 500 – 8 000	1 294	1 292	699	796	665
8 000 – 8 500	1 335	1 327	712	817	690
8 500 – 9 000	1 377	1 362	724	839	712
9 000 – 9 500	1 419	1 397	736	860	738
9 500 – 10 000	1 461	1 432	748	882	757
10 000 – 10 500	1 502	1 467	761	903	780
10 500 – 11 000	1 544	1 502	773	924	802
11 000 – 11 500	1 586	1 537	786	945	815
11 500 – 12 000	1 629	1 572	799	966	831
12 000 – 12 500	1 672	1 607	812	987	845
12 500 – 13 000	1 715	1 641	825	1 009	861
13 000 – 13 500	1 757	1 674	837	1 028	874
13 500 – 14 000	1 799	1 706	849	1 047	894
14 000 – 14 500	1 842	1 738	861	1 066	913
14 500 – 15 000	1 884	1 771	872	1 085	934
15 000 – 15 500	1 925	1 803	884	1 105	951
15 500 – 16 000	1 966	1 836	895	1 125	969
16 000 – 16 500	2 006	1 869	907	1 144	989
16 500 – 17 000	2 046	1 901	918	1 163	1 010
17 000 – 17 500	2 087	1 934	929	1 183	1 032

Bruttoraumzahl	Ems Euro	Unterweser Euro	Außenweser Euro	Jade Euro	Elbe Euro
über – bis	1	2	3	4	5
17 500 – 18 000	2 125	1 967	940	1 202	1 050
18 000 – 18 500	2 163	2 002	951	1 220	1 071
18 500 – 19 000	2 200	2 037	961	1 238	1 091
19 000 – 19 500	2 236	2 073	971	1 256	1 109
19 500 – 20 000	2 271	2 108	982	1 274	1 131
20 000 – 20 500	2 304	2 143	992	1 292	1 149
20 500 – 21 000	2 336	2 178	1 003	1 310	1 169
21 000 – 21 500	2 368	2 210	1 014	1 328	1 188
21 500 – 22 000	2 401	2 242	1 025	1 346	1 208
22 000 – 22 500	2 434	2 274	1 036	1 364	1 228
22 500 – 23 000	2 466	2 305	1 047	1 382	1 248
23 000 – 23 500	2 498	2 336	1 058	1 400	1 268
23 500 – 24 000	2 530	2 367	1 070	1 419	1 287
24 000 – 24 500	2 559	2 398	1 082	1 438	1 308
24 500 – 25 000	2 587	2 429	1 094	1 457	1 327
25 000 – 25 500	2 614	2 460	1 106	1 476	1 348
25 500 – 26 000	2 638	2 492	1 120	1 495	1 369
26 000 – 26 500	2 658	2 524	1 134	1 515	1 391
26 500 – 27 000	2 678	2 556	1 148	1 537	1 411
27 000 – 27 500	2 698	2 589	1 164	1 560	1 433
27 500 – 28 000	2 717	2 622	1 180	1 582	1 453
28 000 – 28 500	2 735	2 655	1 197	1 604	1 473
28 500 – 29 000	2 753	2 689	1 215	1 625	1 495
29 000 – 29 500	2 771	2 723	1 233	1 646	1 518
29 500 – 30 000	2 790	2 759	1 250	1 668	1 535
30 000 – 31 000	2 808	2 795	1 267	1 689	1 558
31 000 – 32 000	2 826	2 832	1 284	1 711	1 580
32 000 – 33 000	2 845	2 869	1 301	1 732	1 602
33 000 – 34 000	2 863	2 907	1 319	1 754	1 621
34 000 – 35 000	2 882	2 947	1 337	1 775	1 643
35 000 – 36 000	2 900	2 987	1 355	1 796	1 664
36 000 – 37 000	2 918	3 036	1 373	1 817	1 682
37 000 – 38 000	2 937	3 089	1 391	1 839	1 706
38 000 – 39 000	2 955	3 145	1 409	1 860	1 727
39 000 – 40 000	2 974	3 205	1 427	1 882	1 755
für jede weiteren angefangenen 2 000 über 40 000	24	98	38	42	36
höchstens jedoch	3 800	3 800	3 800	3 800	3 800

Teil II

Bruttoraumzahl	Nord-Ostsee-Kanal Euro	Kieler Förde Euro	Trave Euro	Flensburger Förde Euro
über – bis	1	2	3	4
0 – 300	868	229	146	106
300 – 400	869	231	151	133
400 – 500	870	235	154	163
500 – 600	871	238	160	200
600 – 700	899	240	173	228
700 – 800	924	242	185	253
800 – 900	952	246	194	280
900 – 1 000	979	248	207	309
1 000 – 1 100	1 007	250	219	323
1 100 – 1 200	1 037	251	233	336
1 200 – 1 300	1 066	254	242	359
1 300 – 1 400	1 099	255	260	384
1 400 – 1 500	1 127	256	270	396
1 500 – 1 600	1 154	261	280	422
1 600 – 1 700	1 182	266	291	463
1 700 – 1 800	1 207	275	307	478
1 800 – 1 900	1 234	278	319	489
1 900 – 2 000	1 257	286	332	499
2 000 – 2 100	1 277	295	342	501
2 100 – 2 200	1 302	304	351	526
2 200 – 2 300	1 319	312	364	554
2 300 – 2 400	1 344	321	376	572
2 400 – 2 500	1 365	330	390	596
2 500 – 2 600	1 386	343	400	616
2 600 – 2 700	1 411	352	419	638
2 700 – 2 800	1 430	361	433	662
2 800 – 2 900	1 463	371	453	683
2 900 – 3 000	1 497	385	466	691
3 000 – 3 200	1 530	398	473	699
3 200 – 3 400	1 561	405	489	708
3 400 – 3 600	1 592	419	497	731
3 600 – 3 800	1 628	429	512	749
3 800 – 4 000	1 664	440	530	773
4 000 – 4 200	1 701	448	536	779
4 200 – 4 400	1 738	460	554	796
4 400 – 4 600	1 773	471	566	825
4 600 – 4 800	1 822	489	577	841
4 800 – 5 000	1 869	503	593	864
5 000 – 5 500	1 918	523	619	898
5 500 – 6 000	1 969	535	641	946

Bruttoraumzahl	Nord-Ostsee-Kanal Euro	Kieler Förde Euro	Trave Euro	Flensburger Förde Euro
über – bis	1	2	3	4
6 000 – 6 500	2 022	556	664	972
6 500 – 7 000	2 074	573	688	1 002
7 000 – 7 500	2 132	587	704	1 015
7 500 – 8 000	2 186	598	729	1 038
8 000 – 8 500	2 245	608	746	1 098
8 500 – 9 000	2 301	621	769	1 150
9 000 – 9 500	2 356	631	789	1 182
9 500 – 10 000	2 417	641	809	1 212
10 000 – 10 500	2 474	649	828	1 262
10 500 – 11 000	2 534	663	847	1 290
11 000 – 11 500	2 592	682	866	1 318
11 500 – 12 000	2 639	690	887	1 345
12 000 – 12 500	2 685	701	896	1 349
12 500 – 13 000	2 730	709	904	1 401
13 000 – 13 500	2 775	716	913	1 452
13 500 – 14 000	2 818	724	923	1 480
14 000 – 14 500	2 849	735	932	1 507
14 500 – 15 000	2 878	744	945	1 522
15 000 – 15 500	2 906	751	952	1 544
15 500 – 16 000	2 932	760	957	1 589
16 000 – 16 500	2 961	768	971	1 613
16 500 – 17 000	2 987	777	977	1 634
17 000 – 17 500	3 124	787	986	1 684
17 500 – 18 000	3 136	797	996	1 728
18 000 – 18 500	3 147	808	1 005	1 755
18 500 – 19 000	3 159	816	1 014	1 782
19 000 – 19 500	3 170	827	1 026	1 810
19 500 – 20 000	3 183	835	1 036	1 838
20 000 – 20 500	3 194	848	1 049	1 853
20 500 – 21 000	3 206	857	1 057	1 885
21 000 – 21 500	3 218	866	1 063	1 919
21 500 – 22 000	3 229	875	1 075	1 951
22 000 – 22 500	3 241	887	1 088	1 985
22 500 – 23 000	3 252	894	1 093	2 018
23 000 – 23 500	3 264	906	1 101	2 056
23 500 – 24 000	3 277	917	1 112	2 091
24 000 – 24 500	3 288	927	1 120	2 126
24 500 – 25 000	3 300	936	1 130	2 161
25 000 – 25 500	3 312	951	1 136	2 200
25 500 – 26 000	3 323	962	1 145	2 236
26 000 – 26 500	3 334	971	1 156	2 279

Bruttoraumzahl	Nord-Ostsee-Kanal Euro	Kieler Förde Euro	Trave Euro	Flensburger Förde Euro
über – bis	1	2	3	4
26 500 – 27 000	3 346	982	1 165	2 316
27 000 – 27 500	3 358	994	1 173	2 356
27 500 – 28 000	3 369	1 004	1 185	2 397
28 000 – 28 500	3 382	1 014	1 194	2 437
28 500 – 29 000	3 394	1 028	1 205	2 482
29 000 – 29 500	3 405	1 039	1 211	2 524
29 500 – 30 000	3 417	1 050	1 216	2 531
30 000 – 31 000	3 429	1 061	1 235	2 537
31 000 – 32 000	3 440	1 073	1 251	2 544
32 000 – 33 000	3 451	1 084	1 269	2 548
33 000 – 34 000	3 464	1 094	1 286	2 556
34 000 – 35 000	3 476	1 110	1 301	2 563
35 000 – 36 000	3 487	1 118	1 322	2 568
36 000 – 37 000	3 499	1 128	1 338	2 575
37 000 – 38 000	3 511	1 150	1 355	2 581
38 000 – 39 000	3 522	1 177	1 370	2 587
39 000 – 40 000	3 533	1 189	1 389	2 593
für jede weiteren angefangenen 2 000 über 40 000	24	23	30	17
höchstens jedoch	3 980	3 472	3 684	2 878

Teil III

Bruttoraumzahl	Wismar Euro	Rostock Euro	Stralsund Euro
über – bis	1	2	3
0 – 300	38	38	41
300 – 400	53	44	62
400 – 500	64	57	87
500 – 600	111	97	109
600 – 700	126	114	132
700 – 800	155	133	157
800 – 900	187	149	179
900 – 1 000	216	154	203
1 000 – 1 100	248	172	221
1 100 – 1 200	271	192	240
1 200 – 1 300	293	212	258
1 300 – 1 400	316	234	278
1 400 – 1 500	340	252	296
1 500 – 1 600	359	271	314
1 600 – 1 700	381	290	333
1 700 – 1 800	399	312	351

Bruttoraumzahl	Wismar Euro	Rostock Euro	Stralsund Euro
über – bis	1	2	3
1 800 – 1 900	429	314	368
1 900 – 2 000	449	316	388
2 000 – 2 100	472	334	406
2 100 – 2 200	496	355	421
2 200 – 2 300	517	376	439
2 300 – 2 400	541	396	454
2 400 – 2 500	561	415	470
2 500 – 2 600	585	439	487
2 600 – 2 700	607	459	508
2 700 – 2 800	622	478	533
2 800 – 2 900	640	501	553
2 900 – 3 000	658	520	576
3 000 – 3 200	674	543	600
3 200 – 3 400	689	563	626
3 400 – 3 600	703	569	654
3 600 – 3 800	719	571	683
3 800 – 4 000	734	575	710
4 000 – 4 200	758	612	737
4 200 – 4 400	780	652	764
4 400 – 4 600	805	693	795
4 600 – 4 800	829	733	819
4 800 – 5 000	851	775	849
5 000 – 5 500	884	814	876
5 500 – 6 000	920	859	903
6 000 – 6 500	1 041	875	917
6 500 – 7 000	1 101	940	948
7 000 – 7 500	1 148	983	971
7 500 – 8 000	1 195	1 019	1 006
8 000 – 8 500	1 303	1 057	1 019
8 500 – 9 000	1 368	1 090	1 031
9 000 – 9 500	1 411	1 125	1 042
9 500 – 10 000	1 458	1 161	1 057
10 000 – 10 500	1 501	1 195	1 065
10 500 – 11 000	1 547	1 254	1 078
11 000 – 11 500	1 589	1 311	1 090
11 500 – 12 000	1 636	1 362	1 125
12 000 – 12 500	1 676	1 369	1 179
12 500 – 13 000	1 717	1 371	1 236
13 000 – 13 500	1 756	1 373	1 297
13 500 – 14 000	1 797	1 374	1 358

Bruttoraumzahl	Wismar Euro	Rostock Euro	Stralsund Euro
über – bis	1	2	3
14 000 – 14 500	1 838	1 481	1 420
14 500 – 15 000	1 881	1 510	1 489
15 000 – 15 500	1 921	1 539	1 560
15 500 – 16 000	1 962	1 569	1 639
16 000 – 16 500	2 002	1 598	1 706
16 500 – 17 000	2 043	1 653	1 768
17 000 – 17 500	2 085	1 777	1 833
17 500 – 18 000	2 126	1 836	1 898
18 000 – 18 500	2 164	1 877	1 961
18 500 – 19 000	2 206	1 919	2 025
19 000 – 19 500	2 249	1 960	2 089
19 500 – 20 000	2 288	2 000	2 152
20 000 – 20 500	2 330	2 043	2 215
20 500 – 21 000	2 369	2 085	2 281
21 000 – 21 500	2 411	2 126	2 344
21 500 – 22 000	2 452	2 152	2 409
22 000 – 22 500	2 494	2 180	2 471
22 500 – 23 000	2 536	2 204	2 537
23 000 – 23 500	2 576	2 233	2 577
23 500 – 24 000	2 614	2 256	2 616
24 000 – 24 500	2 620	2 284	2 620
24 500 – 25 000	2 620	2 310	2 620
25 000 – 25 500	2 620	2 336	2 620
25 500 – 26 000	2 620	2 361	2 620
26 000 – 26 500	2 620	2 389	2 620
26 500 – 27 000	2 620	2 413	2 620
27 000 – 27 500	2 620	2 441	2 620
27 500 – 28 000	2 620	2 466	2 620
28 000 – 28 500	2 620	2 494	2 620
28 500 – 29 000	2 620	2 519	2 620
29 000 – 29 500	2 620	2 544	2 620
29 500 – 30 000	2 620	2 570	2 620
30 000 – 31 000	2 620	2 597	2 620
31 000 – 32 000	2 620	2 620	2 620
32 000 – 33 000	2 620	2 648	2 620
33 000 – 34 000	2 620	2 660	2 620
34 000 – 35 000	2 620	2 674	2 620
35 000 – 36 000	2 620	2 689	2 620
36 000 – 37 000	2 620	2 702	2 620
37 000 – 38 000	2 620	2 715	2 620

Bruttoraumzahl	Wismar Euro	Rostock Euro	Stralsund Euro
über – bis	1	2	3
38 000 – 39 000	2 620	2 729	2 620
39 000 – 40 000	2 620	2 743	2 620
für jede weiteren angefangenen 2 000 über 40 000	–	27	–
höchstens jedoch	2 620	3 360	2 620

Teil IV

Lfd. Nr.	Art der Lotsgelder	Abschnittsnummer	Euro
1	Beratungsgeld für das Verholen		
	Grundbetrag		84
	zuzüglich für jede angefangene Bruttoraumzahl von 100	1.14	2,59
2	Zusätzliches Beratungsgeld bei einer Bruttoraumzahl des Fahrzeugs	1.15 und 1.16	
	bis 2 000		42
	über 2 000 bis 5 000		68
	über 5 000 bis 10 000		111
	über 10 000 bis 20 000		195
	über 20 000 bis 30 000		252
	über 30 000		308
3	Wartegeld	2.1	87
	Auslagen:		
4	Für vergeblichen Weg	3.1	64
5	Tagegeld	3.2, 3.3 und 3.4	111
6	Ermäßigtes Tagesgeld	3.2.1	22
7	Für fehlende Unterkunft	3.5	39“.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Berlin, den 6. Dezember 2018

Der Bundesminister
für Verkehr und digitale Infrastruktur
Andreas Scheuer

Verordnung zur Änderung der Postbankleistungsentgeltverordnung und der Postbankarbeitszeitverordnung

Vom 28. November 2018

Auf Grund des § 3 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 und des § 10 Absatz 1 des Postpersonalrechtsgesetzes, von denen § 3 Absatz 3 Satz 1 Nummer 2 zuletzt durch Artikel 1 Nummer 5 Buchstabe c Doppelbuchstabe bb des Gesetzes vom 28. Mai 2015 (BGBl. I S. 813) und § 10 Absatz 1 zuletzt durch Artikel 2 Nummer 3 des Gesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1944) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium der Finanzen nach Anhörung des Vorstands der DB Privat- und Firmenkundenbank AG:

Artikel 1

Änderung der Postbankleistungsentgeltverordnung

Die Postbankleistungsentgeltverordnung vom 13. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2938), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 14. August 2015 (BGBl. I S. 1432) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Postbankleistungsentgeltverordnung
(PBLEntgV)“.
2. In § 1 werden die Wörter „Deutschen Postbank“ durch die Wörter „DB Privat- und Firmenkundenbank“ ersetzt.
3. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „In jedem Vorstandsressort wird für jede Laufbahngruppe“ durch die Wörter „Für jede Laufbahngruppe mit Ausnahme derjenigen im Filialvertrieb wird“ ersetzt.
 - b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Für den Filialvertrieb erfolgt eine gesonderte Ermittlung der Leistungsbudgets in entsprechender Anwendung des Absatzes 1, solange eine Leistungszulage nach § 10 gezahlt wird. Die Leistungsbudgets vermindern sich jeweils um die Summe der für das jeweilige Jahr gezahlten Leistungszulagen nach § 10.“
 - c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und die Angabe „Absatz 1“ wird durch die Wörter „den Absätzen 1 und 2“ ersetzt.

4. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 werden die Wörter „jedes Vorstandsressorts“ gestrichen.
 - b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 3 Abs. 1“ durch die Wörter „§ 3 Absatz 1 und 2“ ersetzt.
5. In § 6 Absatz 4 Satz 2 und in § 8 Absatz 2 Satz 7 werden jeweils die Wörter „Deutsche Postbank“ durch die Wörter „DB Privat- und Firmenkundenbank“ ersetzt.
6. § 8a wird § 9.
7. Der bisherige § 9 wird aufgehoben.
8. In § 10 Absatz 4 wird die Angabe „April 2017“ durch die Angabe „August 2019“ ersetzt.

Artikel 2

Änderung der Postbankarbeitszeitverordnung

Die Postbankarbeitszeitverordnung vom 20. Juni 2005 (BGBl. I S. 1725), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 13. Dezember 2010 (BGBl. I S. 2108) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Postbankarbeitszeitverordnung
(PBAZV)“.
2. In § 1, § 3 Absatz 1 und 2 Satz 1, Absatz 4 Satz 1, Absatz 5 Satz 2, § 6 Absatz 1 und § 7 Satz 1 und 3 werden jeweils die Wörter „Deutschen Postbank“ durch die Wörter „DB Privat- und Firmenkundenbank“ ersetzt.

Artikel 3

Inkrafttreten

- (1) Artikel 1 Nummer 8 tritt mit Wirkung vom 1. Mai 2017 in Kraft.
- (2) Artikel 1 Nummer 3, 4, 6 und 7 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2018 in Kraft.
- (3) Im Übrigen tritt diese Verordnung am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. November 2018

Der Bundesminister der Finanzen
Olaf Scholz

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Postanschrift: 11015 Berlin

Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin

Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz

Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II

Postanschrift: 53094 Bonn

Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn

Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH

Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck und buchbinderische Verarbeitung: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:

Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln

Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-1 40

E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de

Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 85,00 €.

Bezugspreis dieser Ausgabe: 6,05 € (5,00 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1095

Bundesanzeiger Verlag GmbH · Postfach 10 05 34 · 50445 Köln

Postvertriebsstück · Deutsche Post AG · G 5702 · Entgelt bezahlt

Zweite Verordnung zur Änderung der Postsonderzahlungsverordnung

Vom 28. November 2018

Auf Grund des § 10 Absatz 1 des Postpersonalrechtsgesetzes, der zuletzt durch Artikel 2 Nummer 3 des Gesetzes vom 27. Juni 2017 (BGBl. I S. 1944) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium der Finanzen nach Anhörung des Vorstands der Deutschen Post AG:

Artikel 1

Änderung der Postsonderzahlungsverordnung

Die Postsonderzahlungsverordnung vom 15. August 2007 (BGBl. I S. 2120), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 11. September 2015 (BGBl. I S. 1572) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die §§ 1 und 2 werden aufgehoben.
2. In § 3 wird in der Überschrift und in Satz 1 jeweils die Angabe „Januar 2018“ durch die Angabe „Mai 2020“ ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Februar 2018 in Kraft.

Berlin, den 28. November 2018

Der Bundesminister der Finanzen
Olaf Scholz